



EU-Monitoring N° 10

Oktober 2020

Stand: 03.11.2020

Inhaltsverzeichnis

1	Europäische Union	1
1.1	Institutionen	1
1.1.1	Europäische Kommission	1
1.1.2	Europäischer Rat	1
1.1.3	Rat der EU	2
1.1.4	Europäisches Parlament	3
1.2	Instrumente	4
1.2.1	Kindergarantie	4
1.2.2	Europäische Säule Sozialer Rechte	5
1.2.3	Europäisches Semester	5
2	Aktuelle Themen	6
2.1	Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen	6
2.2	Kinder & Jugend	6
2.3	Ältere Menschen & Pflege	7
2.4	Gleichstellung	8
2.5	Gewalt gegen Frauen	8
2.6	LGBTI	8
2.7	Soziale Dienste	9

1 Europäische Union

1.1 Institutionen

1.1.1 Europäische Kommission

- Nach der [Zustimmung des Europäischen Parlaments](#) (de) und auf [Vorschlag der Kommissionspräsidentin](#) (de) von der Leyen hat der Rat der Europäischen Union am 12. Oktober **Mairead McGuinness als neue EU-Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte ernannt** (de). McGuinness wurde als Folge des Rücktritts von Handelskommissar Phil Hogan Ende August ernannt. Das Kollegium der Kommissionsmitglieder erreicht damit erstmals eine nahezu gleiche Verteilung von 13 Frauen und 14 Männern.
- Die EU-Kommission hat am 19. Oktober ihr [Arbeitsprogramm 2021](#) „Eine vitale Union in einer fragilen Welt“ (de) angenommen. Anschließend an die [Rede zur Lage der Union](#) (de) von Kommissionspräsidentin von der Leyen, hat das Arbeitsprogramm das übergeordnete Ziel, die **Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen** und die Europäische Union im **ökologischen und digitalen Wandel zukunftssicher** zu machen. In sechs Abschnitten stellt das Arbeitsprogramm für 2021 Gesetzgebungsinitiativen zu den sechs übergreifenden Zielen der [politischen Leitlinien](#) (de) von Präsidentin von der Leyen vor.

1.1.2 Europäischer Rat

- Der Europäische Rat hat am **1.-2. Oktober außerordentlich getagt** und sich hauptsächlich mit den **Außenbeziehungen** der Europäischen Union beschäftigt. [Schlussfolgerungen](#) des Europäischen Rates (de) und [Briefing](#) (en) des European Parliamentary Research Service (EPRS) zu den wichtigsten Ergebnissen des Treffens.
- Am 14. Oktober fand der **Dreigliedrige Sozialgipfel** mit dem Thema „**Gemeinsam einen inklusiven wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung in Europa umsetzen**“ statt. Das Dialogforum der EU-Institutionen und europäischen Sozialpartner tritt jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- und Herbstsitzung des Europäischen Rates zusammen. Den Vorsitz haben der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission und die Staats-/Regierungschefin des Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat. [Berichterstattung](#) (de).
- Auf der **ordentlichen Tagung** des Europäischen Rates am **15.-16. Oktober** wurden [Schlussfolgerungen](#) (de) u. a. zur Coronavirus-Pandemie, den Beziehungen zum Vereinigten Königreich sowie zu Klimaschutz verabschiedet. [Briefing](#) (en) des European Parliamentary Research Service (EPRS) zu den wichtigsten Ergebnissen des Treffens.

1.1.3 Rat der EU

1.1.3.1 Deutsche Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2020)

- Vom 2. bis 5. Oktober veranstaltete das BMFSFJ in Kooperation mit dem Bundesjugendring den **Europäischen Jugenddemokratiekongress** zum Thema „Jugend und Demokratie“. Die EU-Jugendkonferenzen finden alle sechs Monate in dem Mitgliedstaat statt, der die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie fand der Kongress digital statt. Zentrale Forderungen der viertägigen Veranstaltung waren: 1) Medienkompetenz erhöhen, 2) Wahlrecht ab 16, 3) rechtlich verankerte Mitentscheidungsprozesse für junge Menschen, 4) mehr finanzielle Unterstützung, 5) sichere digitale Räume und 6) Minderheiten Gehör verschaffen. [Berichterstattung](#) (de).

Veranstaltungshinweise

- **11. November:** Die gemeinsame **digitale Veranstaltungsreihe „EU2020@BMFSFJ“** vom BMFSFJ und der Beobachtungsstelle wird im November mit dem Thema „Gleichstellung im Erwerbsleben und Gewalt gegen Frauen“ fortgesetzt ([Programm](#) und [Anmeldung](#), de). Die [Präsentationen](#) (de) der vergangenen Briefings sind auf der Veranstaltungswebseite veröffentlicht.
- **18.-19. November:** Das BMFSFJ richtet gemeinsam mit der Beobachtungsstelle, der Europäischen Kommission und dem Europarat eine **internationale Fachkonferenz** zum Thema „**Intersektionalität und LSBTI-Politik in Europa: Lebensrealitäten von lesbischen* Frauen und Anerkennung von Regenbogenfamilien**“ aus. Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung, wird die Konferenz ebenfalls nutzen, um die **neue EU LGBTI Equality Strategy** vorzustellen. [Programm](#) (en) und [Anmeldung](#) (en) für den Livestream (Anmeldefrist 12. November).
- **24. November:** Das BMFSFJ veranstaltet gemeinsam mit der Beobachtungsstelle eine Online-Konferenz zum Thema „**COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln**“. Gemeinsam, unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten sowie mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, werden aktuelle Herausforderungen während der Coronavirus-Pandemie sowie mögliche Lösungsansätze diskutiert. In vier Fachpanels sollen die finanzielle Stabilität von Familien, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bekämpfung von Gewalt in Familien erörtert werden. Eine Anmeldung zum Livestream wird in Kürze über die [Veranstaltungswebseite](#) möglich sein.

1.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

- Im Vorfeld des Treffens des EPSCO-Rates am 13. Oktober, wurden die [Schlussfolgerungen](#) (de) zum Thema „**Menschenrechte, Teilhabe und Wohlergehen älterer Men-**

schen im Zeitalter der Digitalisierung“ am 9. Oktober im schriftlichen Verfahren angenommen. Seit 2010 sind dies die ersten Ratsschlussfolgerungen, die ältere Menschen zum Thema haben. Auf Grundlage eines rechtbasierten Ansatzes befassen sich die Ratsschlussfolgerungen mit verschiedenen Problemen im Zusammenhang mit dem Wohlergehen älterer Menschen. Schwerpunkte sind Risiken und Chancen der Digitalisierung, auch im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen der Coronavirus-Pandemie.

- Auf der **Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Arbeit, Soziales und Gleichstellung** am 13. Oktober ging es u. a. um die verstärkte Jugendgarantie sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt. [Berichterstattung](#) (de).
- Das nächste Treffen des EPSCO-Rates findet am 3. Dezember statt. Weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

1.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die nächste Tagung des Rates findet vom 30. November bis 1. Dezember statt. Weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

1.1.4 Europäisches Parlament

Auf der **Plenartagung vom 5.-8. Oktober** standen u. a. Debatten über den geplanten Rechtsstaatsmechanismus, die Einrichtung eines Mechanismus zum Schutz europäischer Werte sowie die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien auf der Agenda.

- Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hielten eine [Aussprache](#) (de) zu den **Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen**. Es bestand Konsens darüber, dass die Würde älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen ernsthaft verletzt wurde und dies nicht wieder geschehen darf.
- Das Parlament forderte die Mitgliedstaaten auf, angesichts steigender Jugendarbeitslosigkeit mehr Maßnahmen zu ergreifen, um den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf junge Menschen entgegenzuwirken. Hierzu wurde eine [Entschließung](#) (de) zur **Stärkung der Jugendgarantie** (2020/2764(RSP)) angenommen. [Hintergrundinformationen](#) (de) der Europäischen Kommission zum Ausbau der Jugendgarantie.
- [Briefing](#) (en) des European Parliamentary Research Service (EPRS) zu den wichtigsten Ergebnissen der Plenarsitzung Oktober I.

Auf der **Plenartagung vom 20.-23. Oktober** stellt die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2021 vor (s. Punkt [1.1.1](#)) und die Abgeordneten diskutierten u.a. die Ratsschlussfolgerungen vom 15.-16. Oktober (s. Punkt [1.1.2](#)).

- [Briefing](#) (en) des European Parliamentary Research Service (EPRS) zu den wichtigsten Ergebnissen der Plenarsitzung Oktober II.

Vom **26. bis 29. Oktober 2020** fand auf Initiative des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter die erste **European Equality week (en) des Europäischen Parlaments** statt. Hierfür wurden die Ausschüsse des Europäischen Parlaments eingeladen, entweder eine Debatte, eine Präsentation, einen Meinungsaustausch oder eine Anhörung zu Themen im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter abzuhalten ([Programm](#), en).

Bereits am 30. September hat das **Europäische Parlament** die Studie [The gendered impact of the Covid-19 crisis and post-crisis period](#) (en) veröffentlicht. Basierend auf den derzeit verfügbaren Daten zur Coronavirus-Pandemie und den Erkenntnissen zu den längerfristigen Auswirkungen früherer Seuchenausbrüche skizziert diese Studie geschlechtsbezogene Aspekte der Pandemie und wie diese sich auf die Zeit danach auswirken können.

1.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM Committee)

Der **Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter** hat am 24. September eine [Stellungnahme für den Haushaltsausschuss zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021](#) (de) vorgelegt.

1.2 Instrumente

1.2.1 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie](#) (en) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Die Kindergarantie – wahrscheinlich in Form einer Ratsempfehlung – wird für das erste Quartal 2021 erwartet.

- Bis zum 7. Oktober 2020 lief – initiiert von der **Europäischen Kommission** – eine [Konsultation zur geplanten Europäischen Kindergarantie](#) (de). Insgesamt wurden 83 Beiträge eingereicht. Im Folgenden wird auf die Beiträge der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen verwiesen: [COFACE Families Europe](#) (en), [EU Alliance for investing in children](#) (en) und [Eurochild](#) (en). Zudem hat das in Frankreich zuständige Ministerium einen [Beitrag](#) (fr) eingereicht.
- Die **Europäische Kommission und UNICEF** haben nun offiziell den Start der dritten Phase der vorbereitenden Maßnahme für eine europaweite Kindergarantie bekannt gegeben ([Pressemitteilung](#), en). Bis zum Sommer 2022 wird, begleitet von UNICEF, in sieben Mitgliedstaaten (Bulgarien, Kroatien, Deutschland, Litauen, Italien, Spanien und Griechenland) ein **Pilotprogramm** durchgeführt, welches innovative Ansätze zur Verringerung von Kinderarmut testet. Eingebunden sind auch die jeweiligen nationalen Regierungen, die ergänzend nationale Aktionspläne zur Verringerung von Kinderarmut und zur

Beseitigung systematischer Nachteile für besonders gefährdete Kinder entwickeln. Zielgruppen sind Kinder mit Behinderungen, Kinder in Heimunterbringung, Kinder mit Migrations- oder Fluchterfahrung und Roma-Kinder.

1.2.2 Europäische Säule Sozialer Rechte

Die [Europäische Säule sozialer Rechte](#) (de) wurde am 17. November 2017 von Parlament, Rat und Kommission unter Jean-Claude Juncker proklamiert und soll soziale Rechte für Bürgerinnen und Bürger aufbauend auf 20 Grundsätzen der drei Dimensionen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten.

- Das **Recht auf angemessene Mindestlöhne** ist in Grundsatz 6 der europäischen Säule sozialer Rechte verankert. Am 28. Oktober hat die Europäische Kommission einen [Richtlinienvorschlag](#) (de) unterbreitet, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch angemessene Mindestlöhne schützen und ihnen am Ort ihrer Arbeit einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen soll. [Berichterstattung und Hintergründe](#) (de).
- Am 14. Januar 2020 [kündigte](#) (de) die Kommission einen **Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte** an. Hierzu will die Kommission in Austausch und Diskussion mit den Mitgliedstaaten, Regionen und Partnern in der Zivilgesellschaft treten. Die eingereichten Vorschläge zur weiteren Umsetzung der Säule werden in den Aktionsplan einfließen, der geplant zu Beginn 2021 vorliegen soll. **Vorschläge** können noch bis zum 30. November 2020 [hier](#) (de) eingereicht werden.

1.2.3 Europäisches Semester

Das Europäische Semester ist der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ausrichtung ihrer Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik an auf EU-Ebene jährlich vereinbarten Zielen und Regeln. Der Ablauf des Europäischen Semesters folgt immer derselben Logik: Siehe Infografiken zur [Aufgabenverteilung](#) (de) und [Zeitleiste](#) (en) des Europäischen Semesters.

- Im November wird die **Europäische Kommission** im Rahmen des Herbstpakets die **Leitlinien für das kommende Europäische Semester 2021** vorstellen.
- Das Europäische Parlament hat im Oktober eine [Übersicht](#) (en) aller relevanten Hintergrundinformationen zum Europäischen Semester zum Herbst 2020 in einem **Background Reader on the European Semester** veröffentlicht.
- Am 8. Oktober haben **Solidar**, die **Foundation for European Progressive Studies (FEPS)** und weitere Organisationen die Studie [Inequalities in the European Semester](#) (en) veröffentlicht. Die Verfasserinnen der Studie fordern eine **Ausweitung der Überwachungsmechanismen** im Rahmen des Europäischen Semesters in Bezug auf die Qualität von Arbeit, die Fähigkeit von Haushalten unvorhergesehene Ausgaben zu finanzieren und den Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der Kinderbetreuung und Altenpflege. Die Veröffentlichung fand im Rahmen einer [Online-Konferenz](#) (en) statt.

Am 12. Oktober veröffentlichten Vertreterinnen der an der Studie beteiligten Organisationen ebenfalls einen [gemeinsamen Artikel](#) (en) im Europäischen Online-Nachrichtenportal EURACTIV.

- Eine am 15. Oktober veröffentlichte [Analyse](#) (en) des Europäischen Parlaments untersucht die **Rolle des Europäischen Semesters für den Wiederaufbauplan** der Europäischen Kommission nach dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie.
- Am 29. Oktober [veröffentlichte](#) (en) das **European Social Network** (ESN) seinen **sechsten jährlichen Bericht zum Europäischen Semester**. Das Netzwerk empfiehlt der Europäischen Kommission die folgenden Punkte besonders für 2021 zu berücksichtigen: 1) Investment in soziale Dienste zur Stärkung der Resilienz und Wiederaufbau, 2) Unterstützung für nationale Behörden bei der Erstellung einer Pflegegarantie, und 3) Kapazitätsaufbau zur verbesserten Qualität sozialer Dienste.

2 Aktuelle Themen

2.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Das **Europäische Parlament** hat am 9. Oktober die [Studie](#) (en) “Towards a more resilient Europe post-coronavirus – capabilities and gaps in the EU’s capacity to address structural risks” veröffentlicht, die die regulatorischen Kapazitäten der EU zur Prävention und Reaktion auf Krisen systematisch für eine Reihe von Politikfeldern der Europäischen Union analysiert. Diese zeigt für jedes Politikfeld auf, welche Instrumente bereits auf Ebene der Mitgliedstaaten oder der EU bestehen und welche Instrumente noch fehlen. Es werden u. a. behandelt: Stärkung sozialer Sicherungsmechanismen (S.14), Gleichstellung der Geschlechter (S.17) und Schutz der sozialen Stabilität (S. 47).
- **COFACE Families Europe** hat am 21. Oktober einen aktuellen [Policy Brief](#) (en) zum Thema „The changing face of work and family life under COVID-19“ veröffentlicht.
- **Hör Tipp:** Beim **Statistische Bundesamt** wurde im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine [Podcast-Reihe](#) (en) erstellt, die sich mit den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie und neu entstandenen Datenbedarfen beschäftigt. Bislang gibt es einen [Podcast mit Jutta Allmendinger](#) (en, Transkript in Deutsch verfügbar) zum Thema Kinderbetreuung und Geschlechtergerechtigkeit und einen [Podcast mit Kai Maaz](#) (en, Transkript in Deutsch verfügbar) vom DIPF Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation zu Bildungsgerechtigkeit. Demnächst soll noch ein Podcast mit Jana Hainsworth von Eurochild zum Thema Kinderarmut und der Kindergarantie erscheinen.

2.2 Kinder & Jugend

- Die **Beobachtungsstelle** hat das Arbeitspapier [Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bei pflegebedürftigen Kindern](#) (de) veröffentlicht. Dieses geht der Frage nach, mit welchen

Modellen und Maßnahmen Dänemark, Finnland und Schweden Eltern mit Kindern mit Pflegebedarf und/oder Behinderungen bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unterstützen.

- Der **Europäische Rechnungshof** hat den Sonderbericht [Bekämpfung der Kinderarmut – Unterstützung durch die Kommission muss gezielter erfolgen](#) (de) veröffentlicht. Demnach sei es nahezu unmöglich zu bewerten, wie die Europäische Union zur Verringerung der Kinderarmut beiträgt. Relevanz und Stärke der untersuchten EU-Instrumente seien begrenzt, da sie nicht rechtsverbindlich sind – und wirkungsvollere Instrumente wie das Europäische Semester oder die Unterstützung aus EU-Fonds sind selten speziell auf Kinderarmut ausgerichtet.
- Der **Europarat** hat im September die Studie [The COVID-19 pandemic and children. Challenges, responses and policy implications](#) (en) veröffentlicht.
- Die **Global Coalition to End Child Poverty** hat im Oktober die Studie [Are countries committed to ending child poverty by 2030?](#) (en) veröffentlicht. Darin werden die [Voluntary National Reviews](#) (en) von 2017 bis 2020 in Hinblick auf Ziel 1 der UN Agenda 2030 Verringerung von (Kinder-)Armut ausgewertet.
- **Veranstaltungshinweis:** Eurochild veranstaltet eine Onlinebriefing-Reihe ([Information und Anmeldung](#), en) zu den folgenden Themen:
 - 18. November: “What is an ‘economy of well-being’ & why & how does it prioritise children?”,
 - 19. November “Why is tackling child poverty a pre-requisite to sustainably exit the crisis?” und
 - 20. November “Why and how does protecting children’s rights strengthen our democracies?”.

2.3 Ältere Menschen & Pflege

- Im Rahmen der [18. European Week of Regions and Cities](#) (en) organisierte die **AGE Platform Europe** gemeinsam mit Home4Life den Online-Workshop “Cities and regions building homes for life”. Eine Zusammenfassung der Veranstaltungsergebnisse zu altersgerechtem Wohnen und Links zu den vorgestellten Projekten aus Irland, Spanien und Polen sind auf der [Veranstaltungsw Webseite](#) verfügbar (en).
- Ein [Bericht](#) (en) des Konsortiums **DIGITOL**, bei dem auch die AGE Platform Europe beteiligt ist, hat einen Report zu Bedarfen älterer Menschen hinsichtlich digitaler Kompetenzen und Bildung veröffentlicht. Die Analyse zeigt ein großes Interesse an digitaler Kompetenz und Bildung unter älteren Menschen, auch bezüglich des Erkennens und Umgangs mit „Fake News“. Der Bericht basiert unter anderem auf einem Online Survey, der in fünf Sprachen durchgeführt wurde.

- Am **Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober** haben zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Europa dieses Jahr besonders die COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf ältere Menschen und deren Familien in den Mittelpunkt gestellt. Die AGE Platform Europe hat einige Initiativen auf ihrer [Webseite](#) (en) zusammengestellt.
- Die **WHO** hat am Internationalen Tag der älteren Menschen das erste [Datenportal](#) (en) zur Sammlung von Daten zu Gesundheit und Wohlbefinden älterer Menschen weltweit veröffentlicht. Das Datenportal deckt zehn Themen ab, unter anderem Informationen zu Lebenserwartung, Altersdiskriminierung und der Situation in der Langzeitpflege.

2.4 Gleichstellung

- Am 29. Oktober 2020 veröffentlichte das **Europäische Institut für Gleichstellungsfragen** den [Gender Equality Index für 2020](#) (en), der einen besonderen Fokus auf Digitalisierung legt. Die Veröffentlichung fand im Rahmen einer [Online-Konferenz](#) (en) statt.
- Am 15. Oktober fand die internationale Online-Konferenz **Planet 50:50 – Europas Beitrag zu den SDGs** (de) statt, die gemeinsam von UN Women Deutschland, dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen und dem BMFSFJ durchgeführt wurde. Eine [Dokumentation](#) (de) ist auf der Webseite verfügbar.
- Die **Foundation For European Progressive Studies** hat die Studie [Cherishing Equally 2020: inequality and the care economy](#) veröffentlicht. Sie gibt einen europaweiten Einblick in die geschlechtsbezogenen Ungleichheiten von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit und fokussiert auf Irland.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 12. November 2020 findet die Online-Diskussion „Streitwert: Gleichstellungsprojekt Europa – Großer Wurf oder herbe Enttäuschung?“ der **Heinrich-Böll-Stiftung** statt ([Informationen und Anmeldung](#), de).

2.5 Gewalt gegen Frauen

- **Veranstaltungshinweis:** Am 6. November veranstaltet die **Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland in Kooperation mit dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen** anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November einen internationalen Expertinnen*tisch „Stoppt Femizide – Effektiv gegen Frauen*morde in der Europäischen Union“ ([Programm und Anmeldung](#), de).

2.6 LGBTI

- Der **Ministerrat des Europarats** hat im September den [Bericht zur Umsetzung](#) (en) der Empfehlung CM/REC(2010)05 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung

oder Geschlechtsidentität zur Kenntnis genommen. Der Bericht basiert auf der Auswertung eines Fragebogens, die die Mitgliedstaaten ausfüllen und gibt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlung sowie gute Praxisbeispiele und Politiken.

- Die **LGBTI Intergroup** des Europäischen Parlaments hat am 12. Oktober Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kommissarin für Gleichstellung Dalli in einer [Stellungnahme](#) (en) aufgefordert, sicherzustellen, dass die spezifischen Interessen von LGBTI-Frauen in der von der Kommission angekündigten LGBTI Equality Strategy gesondert berücksichtigt werden. Die Intergroup hebt insbesondere die folgenden Punkte hervor: 1) Berücksichtigung der intersektionalen Diskriminierungsgründe und Vermeidung eines „one-size-fits-all“-Ansatzes, 2) Unterstützung der Forschung, um die schlechte Datenlage zur Situation von LGBTI-Frauen zu verbessern, und 3) angemessene Finanzierungsmöglichkeiten für die Interessenvertretung spezifisch von LGBTI-Frauen.

2.7 Soziale Dienste

- **Eurofound** hat die Studie [Access to care services: Early childhood education and care, healthcare and long-term care](#) (en) veröffentlicht. Diese gibt einen Überblick über die aktuelle Situation in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und skizziert die Barrieren beim Zugang zu den sozialen Diensten, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Erziehung für Kinder mit Behinderungen und im Bereich der Kurzzeitpflege.